

**Beschluss 2 – Staatliche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
zentralisieren - Kommunen entlasten durch konsequente Digitalisierung**

Die Bundesvertreterversammlung hat am 15. November 2025 beschlossen:

Der Antrag der KPV Ruhr und der KPV Bergisches Land wird an die Ad-hoc Arbeitsgruppe „Staatsmodernisierung“, die am 14. November 2025 vom Bundesvorstand und Hauptausschuss eingesetzt wurde, übertragen.